

Protokoll:

Frau Brockmann-Kneip (Leiterin Kämmerei) weist zu Beginn darauf hin, dass sich das Haushaltsergebnis durch den Nachtragsplanentwurf gegenüber dem Haushalt 2016 deutlich verbessere. Anschließend stellt sie den Nachtragshaushaltsplan 2016 anhand der einzelnen Teilhaushalte vor:

Teilhaushalt 1

Beim Produkt 1145 (Zentrale Dienste) betragen die überplanmäßigen Aufwendungen für Büromöbel nur 150.000 €

Teilhaushalt 4

Beim Produkt 5711 (Kommunale Wirtschaftsförderung) sei ein weiterer Aufwand von 314.460,00 € hinzugekommen.

Teilhaushalt 5

Bezüglich des Produktes 1231 (Verkehrsüberwachung) fragt FDP-Fraktionsvorsitzender Schupp an, warum der Haushaltsansatz für 2017 und 2018 für Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung erhöht worden sei. Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein erklärt, derzeit finde eine Überprüfung statt, ob durch einen veränderten Personaleinsatz Mehreinnahmen generiert werden könnten.

Teilhaushalt 6

Beim Produkt 3111 (Mehrerträge aufgrund von Rückzahlungen durch Hilfeempfänger) führt Frau Schüller (Leitung Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales) aus, dass es zum Beispiel bei Zuviel Leistungen oder bei Erbschaften der Hilfeempfänger zu Rückzahlungen käme.

In Bezug auf das Produkt 3631 weist Frau Brockmann-Kneip darauf hin, dass Erstattungen, die der Stadt dem Land gegenüber zustünden bisher nicht geleistet worden seien. Die Ansprüche beliefen sich auf über 1,5 Mio. € bisher eingegangen seien aber nur ca. 63.000 €. Aus diesem Grund würde im Nachtragshaushalt 2016 nur der bisher eingegangene Betrag als kassenwirksam eingesetzt werden. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig kündigt an, einen Brief an die Ministerpräsidentin zu verfassen, wenn sich an der derzeitigen Situation bis zum Ende der Woche nichts ändere.

Auf Anfrage von BIZ-Fraktionsvorsitzender Frau Keul-Göbel informiert Beigeordneter Flöck darüber, dass die Ansatzreduzierung bei der Asylbewerberunterkunft in der Schlachthofstraße aus der Absprache resultiere, den 6. Bauabschnitt vorerst zurückzustellen.

Teilhaushalt 7

SPD-Fraktionsvorsitzende Frau Lipinski-Naumann erklärt, dass der zu Produkt 4241 eingereichte Antrag der SPD-Fraktion zurückgezogen wird.

FDP-Fraktionsvorsitzender Schupp möchte wissen, von wem die Stadt Teile der Liegewiese des Freibades Oberwerth ankaufe. Auf Bitte der Fraktionen wird eine Unterrichtung im Sport- und Bäderausschuss sowie im Ausschuss für allgemeine Bau- und Liegenschaftsverwaltung über den Sachverhalt zugesagt.

FDP-Fraktionsvorsitzender Schupp bittet darum, immer einen kurzen Hinweis aufzunehmen, warum die einzelnen Maßnahmen bisher noch nicht umgesetzt werden konnten. Auf seine Nachfrage, warum die Südkurve des Stadion Oberwerth nicht ausgebaut würde, erklärt Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein, dass der Ausbau der Südkurve bei den derzeitigen Besucherzahlen nicht unabweisbar sei.

Teilhaushalt 8

Frau Brockmann-Kneip weist darauf hin, dass es bei Produkt 2012 und dem Globalprojekt Q400005 aufgrund der Veräußerung von Hausmeisterwohnungen noch einmal zu haushalterischen Veränderungen gekommen sei.

Auf die Bitte von Frau Keul-Göbel (Fraktionsvorsitzende BIZ-Fraktion) hin sagt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig zu, dass den Fraktionen zu der Maßnahme Sanierung Betonbau Grundschule Neuendorf eine genaue Kostenaufstellung vorgelegt wird.

Zum Antrag eines Bürgers in Bezug auf das Projekt Neubau Grundschule Pestalozzi sichert Baudezernent Flöck eine Überarbeitung der Kostenschätzung zu. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig nimmt den Hinweis von BIZ-Fraktionsvorsitzender Keul-Göbel auf, die Begründung dahingehend zu ändern, dass die eingestellte Verpflichtungsermächtigung erforderlich sei, damit in 2016 Aufträge erteilt werden könnten.

Beigeordneter Flöck informiert darüber, dass drei der in den Schulen geplanten Naturwissenschaftlichen Räume mittlerweile ausgeschrieben worden seien, sodass damit zu rechnen sei, dass diese im nächsten Jahr fertiggestellt würden. Im Fachbereichsausschuss IV werde Anfang des nächsten Jahres eine Auflistung aller Baumaßnahmen mit allen Informationen vorgelegt werden.

Auf Nachfragen von Seiten der Fraktionen SPD und BIZ erklärt Frau Brockmann-Kneip, dass die Verwaltung der Aufforderung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) nachgekommen sei, Haushaltsmittel zurückzumelden und neu zu veranschlagen. Die damit zusammenhängenden Kreditgenehmigungen würden auch neu erteilt. Zu den Etatberatungen des Haushaltes 2017 werde es Informationen über die Kreditgenehmigungen geben, die nicht in Anspruch genommen worden seien.

Teilhaushalt 10: Bauen, Wohnen und Verkehr

Frau Brockmann-Kneip weist darauf hin, dass es bei Produkt 5411 (Gemeindestraßen) zu einer zusätzlichen Auszahlung in Höhe von 180.000 € kommen werde.

Bezüglich des Produktes 5511 (Öffentliches Grün) kündigt SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann an, das Thema der Unterhaltung von Baumscheiben in den Haushaltsberatungen 2017 aufgreifen zu wollen, da die Grünabschnitte in den Stadtteilen besonders in den Sommermonaten nicht gut gepflegt seien.

Frau Keul-Göbel (Vorsitzende BIZ-Fraktion) bittet darum, alle Mittelübertragungen aus dem Jahr 2015, die in 2016 nicht ausgegeben wurden, weiter nach 2017 zu übertragen und die entsprechenden Maßnahmen in diesem Jahr dann auch umzusetzen. Bei der Einstellung von Verpflichtungsermächtigungen bestünde dagegen die Gefahr, dass diese von der ADD gestrichen würden. Frau Brockmann-Kneip erwidert, dass nicht alle Mittel noch einmal übertragen werden könnten und die ADD zudem zugesichert habe, dass wenn ein höheres Kreditvolumen als bisher genehmigt benötigt würde, die weiteren Genehmigungen relativ zeitnah und unbürokratisch erfolgen würden.

Herr Schwarz (Tiefbauamt) erklärt auf Nachfrage, für das Brückenbauwerk Ravensteynstraße gebe es noch keine Förderzusage von Seiten des Landesbetriebs Mobilität (LBM) und die Maßnahme werde wahrscheinlich nächstes Jahr noch nicht fertiggestellt. Beigeordneter Flöck ergänzt, im Gegensatz zu der Brücke in der Beckenkampstraße, die nur einigen wenigen Anwohnern zu Gute käme und bei der eine Andienung auch über die Emser Straße möglich sei, stelle die Brücke in der Ravensteynstraße eine wichtige Verkehrsanbindung dar. Herr Schwarz fügt hinzu, im Falle der Ravensteynstraße sei eine Fördervoranfrage beim LBM, die auf die Verkehrsbedeutung der Straße hingeezielt habe, positiv beschieden worden. Dies sei bei der Beckenkampstraße nicht der Fall gewesen. Rm Bohn (CDU-Fraktion) bekräftigt, dass die Ravensteynstraße eine wichtige Verbindung für Horchheim und Pfaffendorf darstelle. Im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2017 sollen Überlegungen angestellt werden, die veranschlagten Beträge auf die Jahre 2017 und 2018 auf zu splitten.

Frau Brockmann-Kneip führt aus, dass die bei dem Projekt Bushaltestelle Karthause Hochschule Schulzentrum veranschlagte Verpflichtungsermächtigung aufgrund einer aktualisierten Kostenschätzung von 90.000 € auf 195.000 € aufgestockt worden sei. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt zu dieser Position Freigabevermerk Haupt- und Finanzausschuss, weshalb diese nur mit ausdrücklicher Freigabe des Haupt- und Finanzausschusses verausgabt werden darf.

Bei dem Projekt Bahnquerung Ausbau Heiligenweg informiert Frau Brockmann-Kneip darüber, dass die Erstattung der DB AG statt im Jahr 2019 erst im Jahr 2020 eingehen wird. Herr Schwarz (Amt 66) erklärt, dass genaue Kostenschätzungen und Ablaufplanungen seitens der Deutschen Bahn bisher noch nicht vorgelegt worden seien.

Die Vorlage bleibt ohne Beschlussempfehlung.